

Luzerner Gewerbekammer

KGL sagt Nein zur Mieterverbandsinitiative

Die Luzerner Gewerbekammer, das wirtschaftspolitische Organ des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Luzern, tagte am Mittwochabend im Stiftstheater in Beromünster. Dabei fassten die anwesenden Delegierten die Parole für die nationale Abstimmung vom 9. Februar. Als einzige Vorlage wurde die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» behandelt.

Nationalrat Michael Töngi von den Grünen empfahl den Delegierten die Zustimmung zur Vorlage. Es brauche vor allem im städtischen Raum aufgrund steigender Mietpreise und wenig freier Mietwohnungen mehr preisgünstigen Wohnraum. Das Gewerbe wäre zudem von der Initiative nicht negativ betroffen. CVP-Nationalrat Leo Müller sprach sich für die Ablehnung der Initiative aus. Es gebe bereits heute genügend Instrumente zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Zudem wäre die Initiative kaum umsetzbar und mit hohem finanziellem und bürokratischem Aufwand verbunden. Die Delegierten fassten schlussendlich mit 73 Nein-Stimmen, bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung, die Nein-Parole. Zur Vorlage über die Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes fasste der KGL keine Parole, da diese nicht gewerberelevant ist.

Kontakt: Gaudenz Zemp, Direktor KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern: 079 340 85 79, gaudenz.zemp@kgl.ch

Im Bild: Nationalrat der Grünen Michael Töngi, KGL-Präsident Peter With und CVP-Nationalrat Leo Müller (v.l.n.r.). (Bild apimedia)